



Cross-Asset- und Strategy-Research

Alice im Wunderland

Der von der AfD geforderte EU-Austritt („Dexit“) wäre Harakiri

„Wir fordern, das Experiment EURO geordnet zu beenden.“ So steht es im [Grundsatzprogramm](#) der AfD. Und so hat es AfD-Spitzenfrau Alice Weidel zuletzt im Gespräch mit der Financial Times mit Nachdruck wiederholt. Das Beispiel von Großbritanniens Austritt aus der EU sei nachahmenswert. Als promovierte Ökonomin sollte sie es besser wissen. Denn die Forderung nach EU- und Euroaustritt ist brandgefährlich. Aber zündeln gehört eben zum Handwerk der AfD. Und wie in Lewis Carrolls Klassiker „Alice im Wunderland“ wird Logik und Realität auch im Weidelland geflissentlich ignoriert. Zur Beruhigung: selbst unter AfD-Anhängern ist die [Mehrheit gegen den Austritt](#).

Bitte langsam nachsprechen: Der Brexit war KEIN Erfolg

Dass sich Großbritannien, befreit von den Fesseln der EU, in blühende Landschaften verwandelt, hat sich als leere Versprechung herausgestellt. So sehen es übrigens auch die Briten selbst. Eine große und stabile [Mehrheit](#) betrachtet den Brexit aus heutiger Sicht als Fehler. Nur [ein Zehntel](#) der Befragten glaubt, dass sich die persönliche wirtschaftliche Situation durch den Ausstieg aus der EU verbessert habe. Eine Minderheit mag sich an der neuen „Souveränität“ und den blauen Reisepässen beerauschen. Aber das ökonomische Urteil ist eindeutig negativ.

Während der Dekade vor dem Referendum war das Wachstum auf der Insel durchschnittlich 0,5 Prozentpunkte höher als im Euroraum. Seit 2017 hat sich das Verhältnis umgekehrt. Je nach [Schätzung](#) ist die britische Wirtschaft schon heute um 2 % bis 6 % kleiner, als sie es ohne Brexit gewesen wäre. Und das Land wird nach den Berechnungen noch weiter zurückfallen.

Dr. Moritz Kraemer

Chefvolkswirt und Leiter Research

LBBWResearch@LBBW.de

2. Februar 2024

Die AfD zündelt
am Wirtschafts-
standort

Der Brexit hat
Großbritannien
Wohlstand
gekostet

Dexit wäre noch viel schlimmer als Brexit

Wenn der Brexit ein Misserfolg war, dann wäre ein Dexit ein Desaster. Aus zwei Gründen. Erstens würden wir, anders als Großbritannien, nicht nur die EU, sondern auch den Euro hinter uns lassen. Das ist eine viel komplexere Herausforderung. Was geschieht mit all den Verträgen in Euro, mit den Ersparnissen der Bürger? Wird die absehbare Aufwertung der AfD-Mark unsere Wettbewerbsfähigkeit unterwandern? Ein hochriskantes Spiel.

Zweitens, und das wiegt noch schwerer, ist Deutschland viel handelsabhängiger als es Großbritannien vor dem Brexit je war. Der Euro hat Deutschlands beispiellosen Exportboom beflügelt (siehe rechts). Die EU ist unser mit Abstand wichtigster Exportraum. Zudem würde Deutschland nach dem Dexit von allen von der EU abgeschlossenen Freihandelsabkommen ausgeschlossen. Die ökonomischen Konsequenzen für Wachstum und Beschäftigung wären niederschmetternd. Nur Hybris und Hochmut einer nationalistischen Partei in einem kleinen Land, das weniger als 3 % zur Weltproduktion beiträgt, kommt auf solch vermessene Ideen. Alice, komm' raus aus dem Kaninchenbau!

Selbst beim Thema Immigration war Brexit ein Blindgänger

Eindämmung der Immigration war eine Motivation vieler Brexitwähler. Wenn man durch den Brexit die Grenzen dicht(er) machen kann, dann lässt sich der wirtschaftliche Schaden in Kauf nehmen, so mag manche gedacht haben. Es kam ganz anders. Die Immigration aus den EU-Staaten hat sich tatsächlich um über 60 % reduziert. Es wandern mehr aus als ein. Aber insgesamt hat die Einwanderung um 80 % zugenommen. Die Zahl der Migranten aus Nicht-EU-Ländern hat sich verdreifacht, weil der Arbeitskräftemangel den rasanten Anstieg von Arbeitsvisa erzwungen hat. Ist es das, was Frau Weidel nachahmen möchte?

Disclaimer:

Diese Publikation richtet sich ausschließlich an Empfänger in der EU, Schweiz und in Liechtenstein. Diese Publikation wird von der LBBW nicht an Personen in den USA vertrieben und die LBBW beabsichtigt nicht, Personen in den USA anzusprechen.

Aufsichtsbehörden der LBBW: Europäische Zentralbank (EZB), Sonnemannstraße 22, 60314 Frankfurt am Main und Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn / Marie-Curie-Str. 24-28, 60439 Frankfurt.

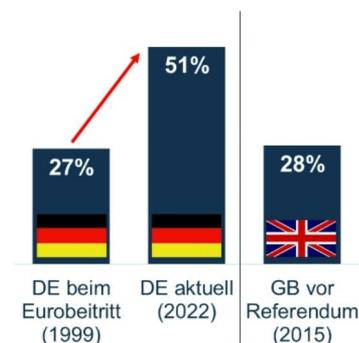
Diese Publikation beruht auf von uns nicht überprüfbaren, allgemein zugänglichen Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit und Vollständigkeit wir jedoch keine Gewähr übernehmen können. Sie gibt unsere unverbindliche Auffassung über den Markt und die Produkte zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses wieder, ungeachtet etwaiger Eigenbestände in diesen Produkten. Diese Publikation ersetzt nicht die persönliche Beratung. Sie dient nur Informationszwecken und gilt nicht als Angebot oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf. Für weitere zeitnähere Informationen über konkrete Anlagemöglichkeiten und zum Zwecke einer individuellen Anlageberatung wenden Sie sich bitte an Ihren Anlageberater.

Wir behalten uns vor, unsere hier geäußerte Meinung jederzeit und ohne Vorankündigung zu ändern. Wir behalten uns des Weiteren vor, ohne weitere Vorankündigung Aktualisierungen dieser Information nicht vorzunehmen oder völlig einzustellen.

Die in dieser Ausarbeitung abgebildeten oder beschriebenen früheren Wertentwicklungen, Simulationen oder Prognosen stellen keinen verlässlichen Indikator für die künftige Wertentwicklung dar.

Die Entgegennahme von Research Dienstleistungen durch ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen kann aufsichtsrechtlich als Zuwendung qualifiziert werden. In diesen Fällen geht die LBBW davon aus, dass die Zuwendung dazu bestimmt ist, die Qualität der jeweiligen Dienstleistung für den Kunden des Zuwendungsempfängers zu verbessern.

Handelsabhängigkeit: Exporte von Gütern und Dienstleistungen (% des BIP)



Quelle: [OECD](#), LBBW Research

Der Brexit zeigt: Abschottung überlebt den Kontakt mit der Realität nicht
